Tagblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–9, Sonntags bis 12 Uhr. Zu Preisbd.: Gr. Frohnsg. 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile 15 Silben 15 Pfg., für Personen- oder nach Zeilenzahl 20 Pfg. Unter Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Umschlagseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die richtige Aufnahme der Inserate wird nicht geboten. Ausgeprägte Ankündigungsbeilagen gegen Nachbezahlung durch Beimachen oder Vorausbezahlung. Für Schäden einzelnder Schriftzeilen keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenexpeditionen an. Redaktionsstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden. 1890.

Meyer's federleichte Saccos von 2½ M. an, Schlafröcke von 12 M. an.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstr. 4 u. 5.

Musikwerke,
Spieldosen, mechanische Claviere, Aristons, Heraphons, Manophons, Symphonions, Harmonikas, Okarinas, Harmoniums, Violinen, Saiten etc. etc. Noten zu allen mechan. Musikwerken, Fantasieartikel mit Musik in reichster Auswahl kauft man billigst bei
F. Kaufmann & Sohn,
Schloss-Strasse 14.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Soeben eingetroffen!
Englische { Gloria seidene Herren-Jackets, federleicht, à Mk. 13,50. Lästre-Herren-Jackets à Mk. 7,50.
Otto Wolfram Nachf., Hoflieferant,
König-Johannstrasse 2.

Lederwaaren-Specialität!
Photographie-Albums. — Damentaschen.
— Reise-Artikel. —
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2 (nächst dem Altmarkt).

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar-Decken.
Grösse 150/205 Mk. 17.50, 20.00, 22.00, 24.00, 27.00,
Grösse 160/225 Mk. 30.00 und 32.00.
Der Stempel erhöht den Preis nicht, sondern leistet nur Garantie für Echtheit der Waare.
Jean Schieme Nachf.,
Schloss-Strasse 26.

Nr. 142. Spiegel: Arbeiterschutzgesetz. Der böhmische Landtag. Fernsprechberichte. Hofnachrichten. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Kunstverein. | **Donnerstag, 22. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Curt Stern in Dresden.

Die Vorarbeiten zur Bewältigung seiner Aufgaben liegen nunmehr hinter dem Reichstag. Er ist gestern in die Pfingstferien gegangen. Sie sollen gar bis zum 9. Juni dauern, doch treten die Ausschüsse, an welche die großen Gesetzentwürfe verwiesen wurden, eine Woche vorher zusammen. Der Plan geht dahin, allen Arbeitsstoff dann in rascher Aufeinanderfolge aufzuarbeiten, um nicht zu tief in die heuer ungewöhnlich heiße Jahreszeit hinein in Berlin aushalten zu müssen. Viererlei wurde dem Reichstag vorgelegt: 1) der Nachtrabetat, dessen Hauptstück die Kolonialforderung bildete — er ist im Ausschusse bereits genehmigt, 2) der Entwurf betreffs der Gewerbegerichte, der im Ausschusse bis zu § 12 gediehen ist, — 3) die Militärvorlage. Hierbei ist es im Ausschusse zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem militärischen Vertreter des Bundesrathes und dem Abg. Richter über die Stärkeverhältnisse der verschiedenen europäischen Heere gekommen, 4. den Arbeiterschutzgesetzentwurf. Ueber diesen hat der Reichstag eine 3tägige Berathung gehalten. Sache des Ausschusses ist es nunmehr, nach Pfingsten eine Verständigung herbeizuführen. Sie ist erheblich erleichtert worden durch die große Rede des preußischen Handelsministers v. Berlepsch, des eigentlichen Verfassers des Entwurfes. Auch er freute sich, daß der Vertreter der Sozialdemokratie die Fortschritte anerkannt habe, die der Entwurf im Interesse der arbeitenden Klassen verwirklicht; daß die Sozialdemokratie nicht durchweg mit den vorgeschlagenen Bestimmungen sich einverstanden erklären darf, ist Etwas, das sich von selbst versteht. Einen Haupteinwand des Abg. Grillenberger entkräftete der Minister v. Berlepsch in überzeugender Weise. Abg. Grillenberger hatte es beklagt, daß der Entwurf an Arbeiterschutzbestimmungen nicht so viel biete, als der berühmte kaiserliche Erlaß vom 4. Februar in Aussicht gestellt hatte; namentlich vermißte er eine Bestimmung über den Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter und über Arbeiterausschüsse. Ueber das Entstehen dieser Lücke gab nun Herr v. Berlepsch Auskunft. Er, der Vorsitzende der internationalen Berliner Konferenz, hat auf derselben die Erfahrung gemacht, daß bei dem augenblicklichen Stande der Dinge Vorschläge nach diesen Richtungen hin noch nicht ganz spruchreif sind. Herr v. Berlepsch wies die gehässige Unterstellung Grillenbergers, daß die Großindustrie die Ausführung der arbeiterfreundlichen Gedanken des Kaisers hintertreibe, mit allem Nachdruck zurück. Der ganze Arbeiterschutz-Gesetzentwurf ist vom Bundesrathe in der freudigen Gewißheit ausgearbeitet worden, daß er ein erfolgversprechendes Unternehmen ist, gerechten Beschwerden abzuhelfen, die Lebenslage der arbeitenden Klassen aufzubessern und den sozialen Frieden auf befestigte Grundlagen zu stellen. Soll aber diese soziale Reform die erwarteten Früchte tragen, soll sie nicht Unheil und Verwirrung statt Segen stiften, so muß sie die Grundlage jeder gewerblichen Thätigkeit, die Sicherheit der Industrie und ihrer Arbeiter vor Erschütterungen bewahren.

Infolge dessen hat der Entwurf die Festsetzung eines Maximalarbeitstages für erwachsene männliche Arbeiter zunächst noch zurückgestellt. Unsere Industrie muß so leistungsfähig erhalten bleiben, daß sie mit der ausländischen den Wettbewerb zu bestehen vermag. Zwar haben die Schweiz und Oesterreich eine Begrenzung der Arbeitszeit gesetzlich ausgesprochen, aber diese Länder kommen als Concurrenten Deutschlands weniger in Betracht, zumal in Oesterreich der gesetzliche Normalarbeitstag zum Theil nur erst auf dem Papier steht. Hierüber lauten freilich die Berichte entgegengesetzt. Laut einigen geht bei vielen Fabriken Oesterreichs, namentlich in der Maschinen-Industrie, die tägliche Arbeitszeit von den gesetzlich zulässigen 11 Stunden freiwillig auf 10 Stunden zurück; nach anderen mehren sich die Anträge der Fabriken, ihnen ausnahmsweise die Verlängerung auf 12 Stunden zu gestatten. In unseren Hauptconcurrenzländern aber, also in Frankreich, Belgien und England, besteht keine Neigung, die Arbeitszeit des volljährigen männlichen Arbeiters gesetzlich zu beschränken. Der deutsche Entwurf schlägt daher vor, es so zu halten, wie es in England Rechtens ist, nämlich nur für die weiblichen Arbeitskräfte und die jugendlichen Arbeiter eine Maximalarbeitszeit festzustellen. Daraus ergiebt sich ganz von selbst auch für die volljährigen männlichen Arbeiter eine Beschränkung der Arbeitszeit. Der Minister gab jedoch zu verstehen, daß die Festsetzung eines Maximalarbeitstages auch für sie nur eine Frage der Zeit sei. Doch warnte er, zuviel auf einmal zu verlangen. Sonst könnte durch die Sonntagsruhe, durch die Einschränkung der Frauenarbeit und das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren die Einnahmen einer Arbeiterfamilie so beschränkt werden, daß der männliche Arbeiter es nicht als Wohlthat empfände, wenn ihm infolge allzuviel verkürzter Arbeitszeit sein Verdienst geschmälert würde.

Die Einsetzung von Arbeiterausschüssen, die ebenfalls vermißt wurden, will der Entwurf mittelst der Bestimmungen über die Fabrikordnungen anbahnen. Dieser Vorschlag ist ebenso erweiterungsfähig als erweiterungsbedürftig und die heftigen Angriffe, die der Abg. Stumm dagegen richtete, waren so unangebracht wie möglich. Dieser große rheinische Eisen- und Kohlenindustrielle glaubt heute noch mit einer patriarchalischen Behandlung der Arbeiter- und der sozialen Frage überhaupt auskommen zu können. Das ist ein Grundirrthum. Durch die Großindustrie hat ein erheblicher Theil der gewerblichen Bevölkerung ihre Selbstständigkeit verloren; es ist kein unsittliches, auch nicht einmal ein unbilliges Streben der Arbeiter, eine neue Selbstständigkeit zu gewinnen und da der Einzelne hierzu zu schwach ist, durch gemeinsame Vertretungen ihre Menschenrechte zu wahren. Der Staat verfährt im besten Sinne des Wortes konservativ, wenn er dieses Streben in geordnete Bahnen leitet. Nur der Mensch, der Nichts besitzt, der mit seiner Existenz in der Luft schwebt, ist revolutionären Bestrebungen zugänglich. Wenn die Arbeiter ihre Wünsche in geordneten Vertretungen zum Ausdruck zu bringen vermögen, dann werden sie selbst mehr Interesse an dem Gedeihen der Fabrik nehmen, in der sie ihr Brot verdienen. Es kommt Alles darauf an, daß dieses Streben nach Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital in die richtigen Bahnen gelenkt und in den richtigen Formen verwirklicht wird. Es mag in manchem Industriellen jetzt ebenso schwer werden, sich in diese Entwickelung zu finden, wie es dem adeligen und Groß-Grundbesitz früher schwer wurde, sich mit der Aufhebung der Frohndienste des Bauernstandes zu befreunden; aber ist nicht die freie bäuerliche Bevölkerung eine Säule des ganzen Staats geworden?

Der österreichische Reichsrath in Wien ist bis zum Herbste vertagt worden und hat zunächst dem böhmischen Landtag in Prag Platz gemacht. Der Reichsrath hat in seiner letzten Stunde noch Galizien ein großes Geschenk gemacht. Dieses Kronland schuldet dem Kaiserstaate noch die Zurückerstattung der 106 Millionen, die der Staat 1848 zur Aufhebung der Frohnden und sonstigen Dienstbarkeiten an die galizischen Grundbesitzer bezahlt hat. Alle anderen Länder Oesterreichs, auch die ärmsten, haben diese Ablösung selbst bestritten, für Galizien zahlt sie jetzt der Staat. Selbst der Vorschlag, daß Galizien wenigstens 25 Prozent seiner Schuld an den Staat erstatten solle, wurde abgelehnt. Das Eigenthümliche dabei ist, daß gerade die Vertreter der Alpenländer sich an diesem Geschenke an Galizien betheiligten, während sie die früher beschlossene Aufhebung der Gebäudesteuer in den Alpenländern wieder rückgängig machen halfen. Den Bauern in Tirol, Steiermark und Kärnthen wird wegen dieser Freigebigkeit ihrer Reichsrathsabgeordneten gegen Galizien und wegen ihrer Kargheit gegen die Alpenländer der gewohnte Zodler in der Kehle stecken bleiben. Das Ministerium Taaffe hat sich mit dieser Durchziehung der großartigen Schenkung an Galizien die Stimmen der Polen gesichert. Jetzt hat es auch in Böhmen alle Aussichten, den sorglich vorbereiteten Ausgleich zwischen Czechen und Deutschen durchzubringen. Im Ganzen lassen sich die Dinge in der Prager Landstube nicht ungünstig an. Der Oberstlandmarschall Fürst Lobkowitz, der den Ausgleichslandtag eröffnete, sprach die feste Zuversicht aus, daß auch der Landtag die von den Parteiführern getroffenen Abmachungen gutheißen würde. Denn „ein gegebenes Wort muß erfüllt werden". Die Alttschechen werden den Versuch aufgeben, nachträglich noch diese Abmachungen abzuschwächen. Aber eine freudige Zustimmung des czechischen Volkes zu dem Ausgleich wird damit noch nicht erreicht und der nationale Frieden nicht erzielt. Das Beste, was man von diesem Ausgleich sagen kann, ist, daß er ein Bollwerk darstellt, hinter welchem unsere deutschen Brüder in Böhmen ihre angeborenen Rechte und ihr Volksthum besser als bisher gegen czechische Unterdrückungsgelüste werden vertheidigen können. Das ist gewiß nicht gering zu schätzen und wir Reichsdeutschen freuen uns mit den Deutschböhmen, die nun nach 3jähriger Pause wieder in den Prager Landtag einzogen, daß bessere Tage für sie angebrochen sind.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. Mai.

Berlin. Reichstag. Vicepräsident Graf Ballestrem theilt mit, daß die gesammten Wahlprüfungsgeschäfte in den Abtheilungen erledigt sind. Dr. Böckel (Antisemit) begründet seinen Antrag, wonach die gegen den Abg. Werner wegen Beleidigung zweier jüdischer Kaufleute und eines jüdischen Rechtsanwalts schwebenden Privatklagen während der Dauer der Sessionen eingestellt werden sollen. Dr. Meyer-Breslau (freis.) befürwortet den Antrag und tritt der vom Präsidenten gestern bekundeten Auffassung, daß der Antrag nicht zulässig sei, weil es sich um Privatklagen handle, unter Hinweis auf frühere Vorgänge entgegen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es folgt Berathung der Interpellation Bamberger's wegen Vollzugs der Freiheitsstrafen. Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß die Regierung zur Beantwortung der Interpellation bereit sei. Bamberger begründet die Interpellationen, namentlich die der Affaire Boshart. Durch eine derartige Behandlung und durch die Aufnöthigung einer schlechten Kost werde die Strafe zu einer Art körperlichen Züchtigung. Zugleich wäre zu erwägen, ob es sich nicht empfehle, Strafen wegen nicht ehrenrühriger Vergehen gegen Reichstagsabgeordnete während der Sitzungsdauer nicht zu vollstrecken. Diese Frage sei durch den Fall Harmening eine dringende geworden. Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Oetkläger: Das Ziel der Einheitlichkeit der Strafvollstreckung werde von den verbündeten Regierungen im Auge behalten. Ueber den Zeitpunkt aber, bis zu dem eine entsprechende Vorlage gemacht werden könne, lasse sich zur Zeit noch keine Angabe machen. Ueber die Frage des Strafsystems seien die Meinungen getheilt. Wolle man die Einzelhaft beibehalten und zur konsequenten Durchführung bringen, so würde ein Strafvollzugsgesetz eine Ausgabe von 115 Millionen für neue Gefängnisse nöthig machen. Festhalten müsse man die Einheitlichkeit zwischen Strafgesetz und Strafvollzug. Der Begriff des politischen Vergehens werde niemals so genau definirt werden können, daß der Richter daraufhin eine Unterscheidung vornehmen könne. Erörterungen über Mißstände in Einzelfällen gehörten vor die Einzellandtage. Klemm, Sachsen (kons.) erklärt eine strenge Individualisirung beim Strafvollzug für nothwendig. Dabei müsse jedoch vorsichtig vorgegangen werden, damit nicht einzelne Kategorien sich zu Gunsten Anderer geschädigt fühlten. Mit Instruktionen werde nicht viel erreicht. Die Hauptsache bleibe eine vorsichtige, zweckmäßige Auswahl der Gefängnißbeamten. Sollte ein Gesetzentwurf betreffs des Strafvollzugs vorgelegt werden, so würden seine Freunde mitwirken, daß etwas Praktisches zu Stande komme. Dr. v. Bahr (freis.): Mit der gesetzlichen Regelung des Strafvollzugs werde auch eine Revision des Strafgesetzbuches stattfinden müssen, um die Strafarten genau zu präcisiren, zu unterscheiden und gegeneinander abzugrenzen. Heute liege die Strafvollstreckung hauptsächlich in der Hausordnung der Strafanstalten. Man werde künftig namentlich zwischen der Strafe mit und der Strafe ohne Zwangsarbeit zu unterscheiden haben. Geyer (soz.): Die Behandlung und Beköstigung von Gefangenen sei eine unzureichende, und auch die sogenannten gemeinen Verbrecher würden inhuman behandelt. Solche Behandlung verbessere Nichts, sie führe nur dahin, daß die Sträflinge in den Anstalten völlig verdorben werden. Der Fall Boshart sei geringfügig gegenüber den zahlreichen Fällen, in denen Sozialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung und Preßvergehen Strafe verbüßten. Warum solle es bei uns nicht möglich sein, politische und gemeine Verbrecher zu unterscheiden? Es geschehe doch auch in Frankreich. Das heidnische Rom habe seine Verbrecher besser behandelt, als der heutige Staat seine politischen Verbrecher behandele. Dr. Windthorst: Diese Art der Behandlung politischer Gefangener rühre noch aus der Zeit des Kulturkampfes her. Am besten werde es sein, wenn jeder einzelne derartige Fall der Oeffentlichkeit übergeben werde. Eine Revision des Strafgesetzbuches erscheine unter den augenblicklichen Verhältnissen bedenklich. So bedeutende Summen, wie hier angedeutet wurden, könne man für den Bau von Gefängnissen den Einzelstaaten nicht auferlegen. Eine strengere Kontrole der Gefängnißeinrichtungen werde Vorkommnisse wie die angeführten in Zukunft unmöglich machen. Dr. Marquardsen: Die Vervollständigung des Strafgesetzbuches durch ein Strafvollstreckungsgesetz sei nothwendig. Ueber die vorgebrachten Einzelfälle müßte man doch auch die anderen Theile hören. Damit ist die Besprechung der Interpellation zu Ende. — Der Antrag Rintelen auf Vereinfachung des Zustellungsverfahrens wird an die Justizkommission, der Antrag Rickert auf Einsetzung mehrerer Wahlprüfungskommissionen nach längerer Debatte an die Geschäftsordnungskommission verwiesen. — Nächste Sitzung 9. Juni. Nachtragsetat. Interpellation über den schweizerischen Niederlassungsvertrag.

Berlin. Der Kaiser trifft morgen Abend wieder hier ein. — Die Nachricht von einem in den letzten Tagen stattgefundenen lebhaften Schriftenwechsel zwischen dem Reichskanzler v. Caprivi und dem Fürsten Bismarck wird dementirt. — In die Arbeiterschutzkommission des Reichstags wurden aus Sachsen die Abgg. Klemm, Hartmann und Mercach gewählt. — In der Militärkommission legte der Kriegsminister die Grundzüge der weiteren Entwickelung der militärischen Formation in der Richtung der thatsächlichen Ausübung der allgemeinen Dienstpflicht dar. Richter warnte vor der Annahme der Vorlage. Ohne Verkürzung der Dienstzeit keine Bewilligung. Windthorst erklärte, durch die heutigen Ausblicke sei seine Stellung zur Vorlage erschwert. Von Seiten der Regierung wurde mitgetheilt, der Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit werde jährlich 20 Millionen mehr kosten, dazu für einmalige Ausgaben für Schießplätze und dergl. 100 Mill. erfordern. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei zur Zeit unzulässig. Die nächste Sitzung findet am 6. Juni statt.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus überwies die Petition um Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zu allen Studien und Staatsprüfungen der Regierung als Material. — Am 3. Juni gelangt das Spergeldergesetz zur Berathung, betreffs dessen unter den Kartellparteien eine Verständigung vorbereitet wird. — Der Abschluß des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages wird noch vor dem 20. Juli erwartet.

Paris. Morgen erscheint eine Broschüre des Deputirten Dervinß, welche den sofortigen Krieg gegen Deutschland fordert, weil letzteres noch nicht fertig sei.

Madrid. Die Regierung beschloß die Aufhebung des Belagerungszustandes, falls in dieser Woche keine Unruhen stattfänden.

Die **Berliner Börse** eröffnete wieder in fester Tendenz. Es fanden größere Realisationen statt, nach deren Beendigung sich die Course indeß befestigen konnten. Banken setzten durchweg niedriger ein, befestigten sich aber später, namentlich deutsche Bank-Aktien, die schnell mehrere Prozent avancirten. Bahnen waren gleichfalls angeboten, später besser, von Bergwerken namentlich Kohlenaktien offerirt; die Comdermäßigungen auf diesem Gebiet waren Anfangs ziemlich beträchtlich, später konnten sich Kohlenaktien bessern. Im Kassaverkehr waren Banken fest, deutsche Bahnen ruhig, österreichische mehrfach besser, Bergwerke ohne einheitliche Tendenz, andere Industrien ruhig und fest, österreichische Prioritäten gleichfalls fest. Privatdiskont 3 Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Heiter, heiß, Nachts Regen, Ostwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 269,60. Staatsb. 193,40. Bomb. 109,00. Galizier —,—. Lombarden 37,75. Ungar. Gold. 89,60. Diskonto 219,90. Dresdn. Bk. 149,00. Laura 137,10. Gelsenkirchen —,—. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 90,05. Anleihe 106,11. Italiener 96,80. Staatsbahn 487,50. Lombarden 297,50. do. Prioritäten —. Spanier 76½. Egypter 488,62. Ottomanen 581,25. Debeers —,—. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 20,80, per Sept.-Dezbr. 23,90, ruhig. Roggen per Mai 16,25, per Sept.-Dezember 17,50, still. Rüböl per Mai 70,00, per September-December 68,50, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 207, per Novbr. 206. Roggen per Mai 134, per October 122.

London (Produkten-Bericht). Weizen ruhiger, zu Gunsten Käufer, angekommener Vorrath ruhig, Uebriges matt, nominell, unverändert. — Wetter: Prachtvoll.

Oertliches und Sächsisches.

— Bei der am Dienstag in Regensburg erfolgten Beisetzung der Erbprinzessin von Thurn und Taxis, der Schwester der österreichischen Kaiserin, war Se. Maj. König Albert durch den Gesandten am bayrischen Hofe, Herrn v. Fabrice, vertreten.

— Ihre Excellenz die verwittwete Frau Oberhofmeisterin v. Lüttichau weilt auf Einladung Ihrer Majestät der Königin gegenwärtig in Sibyllenort. Uebrigens hat Ihre Excellenz den freundlichen Sommersitz, Schloß und Rittergut Ulbersdorf bei Schandau verkauft und wird dauernden Aufenthalt in Dresden nehmen.

— Die in Leipzig studirenden Prinzen Johann Georg und Max folgen mit großem Fleiß den öffentlichen Vorlesungen, sowie vor Allem auch dem Unterricht, denen ihnen ausschließlich der Geh. Rath Dr. Otto Müller, Professor des sächsischen Rechts an der Universität, angedeihen läßt. In diesem Privatissimum erhalten die prinzlichen Studirenden Unterweisungen von berufenster Seite über einige civilrechtliche Disciplinen.

— Hofsekretär Max Dreßler erhielt den Titel und Rang eines Commissionsrathes.

— Am Montag Abend besuchten Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Johann Georg und Max die Versammlung des Vereins deutscher Studenten in Leipzig. Die prinzlichen Herrschaften hatten inmitten der Vertreter der Generalität (Generalleutnant v. Holleben, Generalmajor v. Tschirschnitz), der Professoren Dr. Maurenbrecher, Dr. Brentano u. A. Platz genommen und folgten mit dem lebhaftesten Interesse dem Vortrag des Professors Dr. Brentano „Ueber die Stellung der Gebildeten zur sozialen Frage, erläutert von der englischen Entwickelung der letzten 40 Jahre". Anschließend an den lehrreichen Vortrag sprach Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg den Dank der Versammlung aus, gleichzeitig dem Verein deutscher Studenten ein lautes Wiederhall findendes dreifaches Hoch widmend. Im weiteren Verlaufe des Abends begrüßte stud. theol. Rogge nach längeren Ausführungen die Gäste. Prof. Dr. Maurenbrecher feierte die Armee als eine ausgezeichnete Schule des Gehorsams, worauf Generalleutnant v. Holleben den Dank derselben bekundete. Erst gegen Mitternacht verließen die prinzlichen Herrschaften, die in Begleitung Ihres Adjutanten Ritt-

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bankstrasse 41/42.)
Butter täglich 3 Mal frisch.